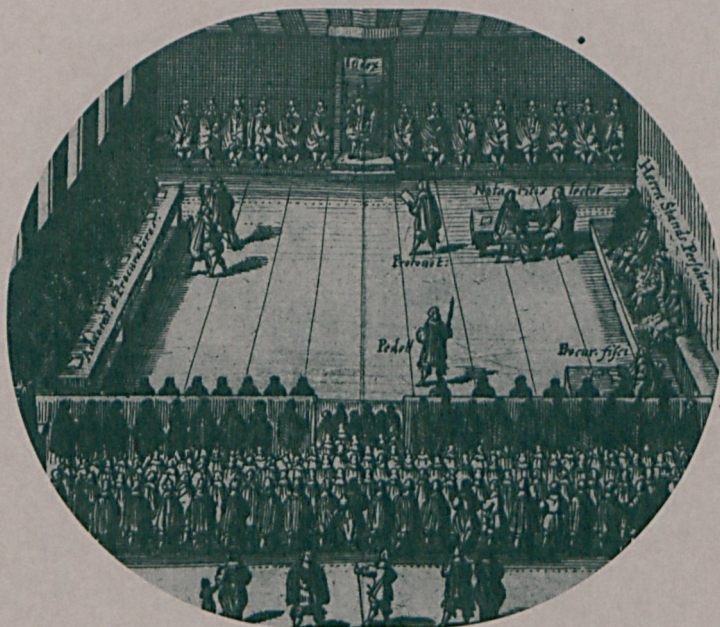


Bernhard Ruthmann

**Krisenjahre am  
Reichskammergericht  
1612 - 1614**



GESELLSCHAFT FÜR  
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

HEFT 23





Bernhard Ruthmann

Krisenjahre am Reichskammergericht

1612-1614

Schriftenreihe  
der Gesellschaft für  
Reichskammergerichtsforschung

Heft 23  
Wetzlar, 1999

Erarbeitete und veränderte Fassung  
des Vortrags vom 29. April 1999  
im Stadthaus am Dom in Wetzlar





Bernhard Ruthmann

## Krisenjahre am Reichskammergericht 1612 - 1614

*Erweiterte und veränderte Fassung  
des Vortrags vom 29. April 1999  
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*

Im 16. Jahrhundert war das Reichskammergericht (RK) in uns heute wohl eindrücklich vornehmlich als ein Gericht, das die Konflikte zwischen den Fürsten und den Reichsfürsten zu entscheiden hatte, bekannt. In der Tat war es aber auch ein Gericht, das die Konflikte zwischen den Reichsfürsten und den Reichsfürsten zu entscheiden hatte. Die Assessoren, die auch Richter oder Beisitzer genannt wurden, waren am Reichskammergericht die eigentlichen Richter. Ein Spruch des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ist ein Spruch, der die Stellung der Assessoren, Beisitzer, in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts als *Volgatus* (Bürger) oder *cameralibus* (Bürger) und nicht als *Assessor* (Bürger) bezeichnet. Die große Ehrenstellung der Assessoren steht außer Zweifel, doch die Reichskammer der Richter, die vor ihrem Dienst im Amtsausschuss wurde, geschicklich geordnet.

Wenn ich im Folgenden von Krisen spreche, so meine ich eigentlich das Phänomen der Krisenwahrnehmung einer Konfessionspartei – der Protestanten – sowohl am Reichskammergericht als auch im gesamten Reich. Diese Wahrnehmungsebenen und im Falle meiner Beispiele der Jahre 1612 bis 1614 von großer Bedeutung. Die zu beschreibenden Krisenphänomene verdrängten sich schließlich zu einer Krise im Wahrnehmungshorizont der protestantischen Reichswirtschaft.

Zunächst will ich erläutern, wie die Krisenphänomene entstanden sind, die im Rahmen des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren die Krisenphänomene entstanden. Anschließend will ich erläutern, wie die Krisenphänomene entstanden sind, die im Rahmen des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten.

Viele von ihnen werden sich im Rahmen des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren die Krisenphänomene entstanden. Anschließend will ich erläutern, wie die Krisenphänomene entstanden sind, die im Rahmen des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten. Viele von ihnen werden sich im Rahmen des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren die Krisenphänomene entstanden. Anschließend will ich erläutern, wie die Krisenphänomene entstanden sind, die im Rahmen des RK in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten.

Bernhard Rubmann

Krisenjahre am Reichskammergericht  
1612-1614

Erweiterte und verbesserte Fassung  
des Vortrags vom 29. April 1933  
im Stadthaus am Dom zu Weimar



1 A 410 224



Die Welt des Reichskammergerichtes (RKG) ist uns heute weit entrückt. Nicht nur ist das Gesellschaftssystem, das Alte Reich, deren vornehmste Stütze dieses Gericht war, im Jahre 1806 untergegangen, auch hatten die Richter dieses Gerichts angesichts der konfessionspolitischen Konfliktlagen eine ungleich schwerere Aufgabe als die Richter unserer heutigen höchsten Gerichtsbarkeit. Mein Vortrag wird verdeutlichen, daß die Assessoren des frühen 17. Jahrhunderts zwar als unabhängige Richter anzusehen sind, doch stets in einem komplexen Beziehungsgeflecht agieren mußten. Wenn ich von Assessoren rede, so denken Sie bitte nicht an das moderne Rechtsassessorat; die Assessoren der älteren Zeit waren nicht am Beginn ihrer Karriere, sondern diese rechtsgelehrten Adligen oder promovierten Juristen bekleideten eine der angesehensten Karrierepositionen im Alten Reich.<sup>1</sup> Die Assessoren, die auch Urteiler oder Beisitzer genannt wurden, waren am Reichskammergericht die eigentlichen Richter. Ein Sinnspruch des frühen 17. Jahrhunderts verdeutlicht scherzhaft die Ehrenstellung der Assessoren. Betitelt ist der Sinnspruch als *Vulgatus Rhythmus de cameralibus spirensibus* und lautet: *Die Assessoren haben die Ehr, die Procuratoren noch viel mehr, und die Advocaten die Lehr.*<sup>2</sup> Die große Ehrenstellung der Assessoren stand außer Zweifel, doch die Gelehrsamkeit der Richter, oft vor ihrem Dienst im Advokatenstand, wurde gleichfalls gepriesen.

Wenn ich im Folgenden von Krise spreche, so meine ich eigentlich das Phänomen der Krisenwahrnehmung einer Konfessionspartei – der Protestanten – sowohl am Reichskammergericht als auch im gesamten Reich. Diese Wahrnehmungsunterschiede sind im Falle meiner Beispiele der Jahre 1612 bis 1614 von großer Bedeutung. Die zu beschreibenden Krisenphänomene verdichteten sich schließlich zu einer Krise im Wahrnehmungshorizont der protestantischen Religionspartei.

Zunächst will ich einführend die zugrundeliegenden Konfliktlagen schildern, die im Rahmen der Religionsverfassung des Reiches für die Jahre 1612/1614 Geltung hatten und sich mit anderen Krisenphänomenen verbanden. Anschließend werde ich einige Krisenphänomene näher darlegen, die gemeinsam zur Wahrnehmung einer Krise führten.

Viele von ihnen werden sich noch an den anregenden Abendvortrag von Professor Martin Heckel über die Religionsprozesse am Reichskammergericht und das gespaltene Reichsreligionsrecht erinnern.<sup>3</sup> Herr Heckel sprach von Aporien, in denen das Reichskammergericht gefangen war. Gemeint war hierbei die Unmöglichkeit für die Richter des Reichskammergerichts, aufgrund der Rechtsvorschriften des Augsburger Religionsfriedens von 1555 zu einer richtigen Entscheidung zu kommen. Dies lag daran, daß der Religionsfriede kein in sich abgeschlossenes Gesetzeswerk war, sondern nur viele, teils widersprüchliche Vorschriften enthielt. Ganze Problemkomplexe wurden entweder ausgeklammert oder durch Formel-





**Beispiel für die Amtstracht eines RKG-Assessors aus der Speyerer Zeit**  
 Dr. Sigismund Buchner von Rohensaß, Assessor am Reichskammergericht  
 (1587-1608)

Kupferstich von J.A. Böner nach Gemälde von C. Hausner 1602, datiert 1674  
 (Bestand und Foto: Historisches Museum der Pfalz, Speyer)



kompromisse nur scheinbar gelöst. In anderen Worten: Erst im Nachhinein wurden diese Lücken im Frieden gefüllt; zum einen durch eine Rechtsinterpretation der katholischen Religionspartei, zum anderen durch eine Rechtsinterpretation der evangelischen Partei. Wurden Rechtsstreitigkeiten auf der Grundlage des Religionsfriedens am Reichskammergericht anhängig gemacht, so herrschte unter den Assessoren der beiden konfessionellen Richtungen ein gravierender Dissens, weil unterschiedliche Rechtsinterpretationen favorisiert wurden. Aus diesen Gründen war das Gericht in Religionsprozessen in gewisser Weise blockiert, denn jede materielle Entscheidung mußte wie ein Präjudiz wirken; wie eine weitreichende Anerkennung eines Interpretationsansatzes unter Verwerfung des anderen.

Betrachten wir die Entwicklung von 1555 bis 1612. Hier können wir einige Phasen unterscheiden: Bis 1570 waren z.B. nur wenige Religionsprozesse am Kammergericht anhängig und die, die anhängig waren, verliefen in relativ ruhigen Bahnen, d.h. die Prozeßführung in Speyer brachte zumeist eine einstweilige Befriedung der Sache mit sich. Beide Parteien führten ihren Streit in rechtlich garantierten Bahnen unter weitgehender Affektkontrolle. Erst mit den 1570er Jahren kam der Wandel. Denken Sie an den Wechsel im Kaisertum von Maximilian II. auf Rudolf II., denken Sie auch an die religiösen Entwicklungen im Reich, vor allem an die Verfestigung der Konfessionen und den Versuch aller Konfessionsparteien, ihre Untertanenschaft konfessionell zu vereinheitlichen. Zum Ende der 1570er Jahre war ganz deutlich, daß die Phase der Verständigung allmählich zu-  
 endeging, – anstelle von Konsensfindung trat binnen weniger Jahre die konfessionelle Frontstellung. Dieser Umschwung war auch am Kammergericht zu spüren und hatte dort seine entsprechende Frontstellung unter den Assessoren. Aber noch in der Phase der Verständigung und Konsenssuche wurde 1560 von der Visitationkommission entschieden, daß künftig alle Religionsprozesse nur noch von Senaten zu behandeln seien, die eine strikte numerische Parität zwischen den beiden Hauptkonfessionen einhielten. In den Extrajudizialsenaten saßen folgerichtig seit 1560 immer zwei Protestanten und zwei Katholiken. Diese Konfessionsparität in den Entscheidungssenaten des Reichskammergerichts – übrigens ein früher Vorläufer der Paritätsordnungen des Westfälischen Friedens – führte ab den frühen 1580er Jahren gehäuft zu einer Pattsituation bei Abstimmungen. Die Konfession der Assessoren schlug also unmittelbar auf die Entscheidung durch, indem der protestantische Assessor zur Entscheidungsgrundlage die protestantischen Auslegungsmaximen anwandte, der katholische aber die katholischen Grundannahmen heranzog. Der Kammerrichter versuchte in dieser festgefahrenen Situation einen Mehrheitsbeschluß durch die Delegation der Sache auf einen anderen Senat herbeizuführen,



doch häufig wiederholte sich dieses Spektakel, so daß mancher Prozeß nach insgesamt sechs Religionssenaten und damit nach der Würdigung von 24 Assessoren dennoch wegen stets wiederkehrender Pattabstimmungen nicht entschieden werden konnte.<sup>4</sup>

Der Höhepunkt in der Negativentwicklung war dann mit dem *Vierklosterstreit* erreicht. Hier war 1598 das Reichskammergericht endlich zu einer Entscheidung in vier nur oberflächlich zusammenhängenden Prozessen gelangt, doch die unterlegenen protestantischen Parteien in diesen Prozessen beehrten die Urteilsrevision und bildeten innerhalb kürzester Zeit mit den wichtigsten protestantischen Ständen im Reich eine konfessionspolitische Front, die es sich zu Aufgabe machte, die Urteilsrevision am RKG zu unterbinden. Der Grund lag vorgeblich darin, daß das RKG in der Frage der Religionsprozesse nun doch im großen Stil die katholischen Auslegungsmaximen herangezogen habe und dies ausgerechnet in Prozessen um die Einziehung von Klostergut. Wer sich in der Reformationgeschichte etwas auskennt wird wissen, daß viele protestantische Obrigkeiten erst spät – nach 1555 – mit den Klostereinziehungen begannen und daher von solch einer Rechtsprechung stark betroffen sein mußten. Obgleich in den Vierklosterentscheidungen diese weitausgreifende Konsequenz – also die massenhafte Rückgabe von Kirchengut an die Katholiken – im Kern eben nicht angelegt war, so wurde dennoch dieses Schreckgespenst von den unterlegenen Parteien an die Wand gemalt, um sowohl die protestantische Partei zu mobilisieren als auch um die Revision vom *parteiischen Reichskammergericht* an den Reichstag zu bringen.

Als Ergebnis dieser Entwicklung ist festzuhalten, daß mit dem Höhepunkt um 1601 die Revision ins stocken geriet. Das zuständige Organ zur Urteilsüberprüfung war die Visitationskommission, doch diese kam nur noch unregelmäßig zustande, da die jährliche Visitation nach 30jähriger sehr guter Arbeit 1588 wegen anderer Reichsprobleme eingestellt wurde.<sup>5</sup> Da es faktisch seit 1601 keine Urteilsrevision mehr gab, bedienten sich Parteien, die ein ungünstiges Urteil am RKG erhalten hatten, dieses Mittels und forderten die Revision, wohl wissend, daß dadurch die Urteilsexekution zunächst und vielleicht – so die Hoffnung der Prozeßverlierer – auf Dauer eingestellt bliebe. Von 1601 ab stieg die Zahl der Revisionsfälle sprunghaft auf mehrere Hundert an, und dieser von Prof. Diestelkamp als Rechtskrise charakterisierte Zusammenhang war 1612 bis 1614 noch außerordentlich relevant und wurde noch 1620 lebhaft diskutiert, jedoch ohne einer Lösung näher zu kommen.<sup>6</sup>

Auf dem Hintergrund der konfessionellen Verhärtung im Reich kam es aber nicht nur zur umfassenden Rechtskrise im Bereich der Urteilsrevision, sondern auch zur Wahrnehmung weiterer Krisenphänomene. Die Protestanten litten überhaupt unter einem Verfolgungsszenario, in dessen



Mittelpunkt die Zugrunderichtung der protestantischen Gemeinwesen durch die Habsburger unter Zuhilfenahme der Jesuiten stand. Die konfessionspolitischen Morde der Bartholomäusnacht in Frankreich, in deren Folge einige Tausend Hugenotten ermordet wurden, dienten den deutschen Protestanten seit 1572 stets als Schreckbildnis. Leichtere Krisen am Reichskammergericht konnten auf diesem Hintergrund schnell eskalieren.

Eine dieser Krisen will ich Ihnen nun vorstellen. Es handelt sich um einen schnell eskalierenden Konflikt, der aus einem Religionsprozeß zwischen dem Bischof von Würzburg Julius Echter von Mespelbrunn und den Reichsrittern und Brüdern Georg Sigmund und Albrecht Christoph von Rosenberg um das freie Religionsexerzitium der Untertanen zu Aub resultierte. Im kleinen fränkischen Ort Aub gab es geteilte Herrschaftsrechte: Der Bischof und die Reichsritter teilten sich die vogteiliche Obrigkeit und übten diese in wesentlichen Bereichen gemeinsam aus. Das hieß aus Sicht der Ritter, daß diese Rechte von Beamten beider Parteien ausgeübt werden sollten und die Untertanen – gleich ob sie nun bischöfliche oder rosenbergische waren – den Gottesdienst entweder katholisch oder protestantisch besuchen dürften, – das Religionsexerzitium also freigestellt war. Der Bischof wandte sich gegen diese Rechtsauffassung und vertrat die Ansicht, daß die Reichsritter nur privat die vogteiliche Obrigkeit ausüben dürften, die öffentlichen Rechte jedoch beim Bischof lägen. Daraus resultierte dann der Religionszwang zum katholischen Bekenntnis.<sup>7</sup>

Interessant an diesem Fall ist, welchen Weg beide Parteien zur Klärung der Rechtsfrage einschlugen. Sie wählten das sogenannte Kompromißverfahren. In diesem Schiedsverfahren wirkte ein rechtsgelehrter Ratskonsulent der Reichsstadt Schweinfurt in zentraler Rolle mit. Er hatte die Funktion, alle Schriftstücke, die bei ihm eingingen, in Kopie der Gegenseite mitzuteilen und bis zum Aktenschluß alle Schriften zusammenzufassen. Dann sollte er den gesammelten und gut verschnürten Akt an das Reichskammergericht zur Urteilsfällung einsenden. In einem überlieferten Kompromißvertrag einigten sich beide Parteien auf diesen Weg, wobei die Reichsritter ihren Lehnsherrn – es war der reformierte Kurfürst von der Pfalz – im Kompromiß einbanden und seine Zustimmung hierfür suchten und erhielten. Aus dem Protokoll des Schweinfurter Advokaten ist ersichtlich, daß die Kompromißhandlung vom 8. Februar 1609 bis zum 9. August 1611 dauerte. In diesen 2 ½ Jahren kam es zur gegenseitigen Darlegung der Rechtsstandpunkte und zum Zeugenverhör sowohl von würzburgischer als auch rosenbergischer Seite, ferner zur Vorlage aller relevanten Schriftstücke. Seit August 1611 waren die umfangreichen Vorakten beim Reichskammergericht. Beide Parteien hatten ihre RKG-Prokuratoren zur Fortführung der Sache am Reichsgericht beauftragt. Schon im Kompromißvertrag aller Beteiligten von 1608 war für die Urteilsfindung am RKG eine konfessionsparitätische Zusammensetzung des Senats vorgesehen worden.



In Speyer passierte zunächst nichts und auf die Akten legte sich vermutlich eine dicke Staubschicht. Die Gründe für diese Verzögerung liegen im Dunkeln, doch jeder denkt bei einer solchen Verzögerung an das bekannte Argument der Arbeitsüberlastung des RKG. Tatsächlich gab es neben diesem Prozeß viele andere Streitsachen, die von den Parteien beschlossen waren und wo man nun vom Gericht ein Beurteil oder ein Endurteil erwartete. Erst nach zweieinhalb Jahren beschäftigte sich ein Religionssenat mit der Kompromißsache. Zuvor hatten nicht nur beide Parteien im Juli 1612 um Vornahme der Sache gebeten, sondern ein Brief des Bischofs von Würzburg an den Kammerrichter und Bischof von Speyer vom Mai 1613 verlangte, die Sache so zu beschleunigen, daß sie vor der Zusammenkunft des Reichstages entschieden werde. Kurfürst Friedrich der V. von der Pfalz verlangte Anfang Januar 1614 ebenfalls den fälligen Urteilsspruch. Kurze Zeit nach dem Brief des reformierten Kurfürsten befaßte sich endlich ein Senat mit der Kompromißsache, der zunächst wie gefordert konfessionsparitätisch mit zwei Protestanten und zwei Katholiken besetzt war. Über die Frage des freien Religionsexercice konnte unter ihnen keine Einmütigkeit hergestellt werden, sondern die Abstimmung verlief anhand der Religionszugehörigkeit – es lag Stimmengleichheit, *paria vota* bzw. *paritatem votorum*, vor.

Bis zu diesem Punkt haben wir ein völlig normales, geregeltes Verfahren mit den durchaus üblichen Verzögerungen. Der Kammerrichter war jetzt am Zuge und hätte gemäß dem geltenden Stil am Kammergericht eigentlich die Streitsache an einen weiteren konfessionsparitätischen Senat delegieren müssen. Was er aber tat war ein Novum und in den Augen der protestantischen Assessoren ein Skandal.<sup>8</sup> Zur Lösung der festgefahrenen Sache befahl er nämlich einen weiteren katholischen Assessor zum paritätischen ersten Senat, der damit natürlich nicht mehr paritätisch war. Dessen Votum zugunsten der Religionsobrigkeit des Bischofs von Würzburg führte zum Mehrheitsbeschluß des Senats und direkt zur Urteilsfassung vom 20. Januar 1614. Die Rosenberger verloren per Endurteil ihre vogteiliche Obrigkeit und mußten die Prozeßkosten tragen.

Von diesem Punkt aus kam es zu einer sich schnell aufschaukelnden Krise. Alle protestantischen Assessoren des Reichskammergerichtes verfaßten eine Supplikation an den Kammerrichter mit der Aufforderung, die Vorgehensweise noch einmal zu überdenken, denn der Kammerrichter habe die seit über 50 Jahren respektierte Ordnung mißachtet und dies sei *ein merckliches gros praeiuditz den gemeinen ständen Augspurgischer Confession [und führe zu] abbruch des mit so hohen sorgen, mühe und arbeit erworbenen und bishero observierten religionfrieden*.<sup>9</sup> Die Assessoren bestärkten ihre Bitte mit der unverhohlenen Drohung, daß ein weiteres Fortschreiten des Kammerrichters dazu führen werde, daß sie die protest-



antischen Reichsstände über diese Neuerung unterrichten würden. Eine zweite – sehr ausführliche – Supplikation der protestantischen Assessoren versuchte die Urteilspublikation in der Audienz zu verhindern. Der evangelische Korreferent im Religionssenat weigerte sich nämlich, daß ergangene Urteil zu unterschreiben. Dies führte zur wütenden Äußerung des Kammerrichters, daß Urteil werde in der Audienz publiziert, *es were subscribiret oder nicht*.<sup>10</sup> Spätere Briefe belegen, daß die zweite Supplikation der protestantischen Assessoren nicht mehr übergeben wurde, da der Kammerrichter geschwind fortschritt und durch die öffentliche Publikation noch am selben Tage unumstößliche Tatsachen schaffen ließ.

Die evangelischen Assessoren wandten sich daraufhin an ihre Präsentationshöfe, die von dieser Entwicklung jetzt erst erfuhren. Eigentlich verstießen die Assessoren damit gegen ihre eidliche Verpflichtung, die Gerichtsinterna als Geheimnisse keinem zu offenbaren. Im Konzept der RKG-Ordnung von 1613 heißt es: Der Assessor solle [...] *keiner parthey rahten, oder warnen, und was in rathschlägen unnd sachen gehandelt wirdt, den partheyen, oder niemandts eröffnen*.<sup>11</sup> Dieses Problem sprechen die Betroffenen selber an und bitten vorab um die Inschutznahme für den Fall ihrer Bestrafung. Die überlieferten Korrespondenzen belegen, daß zwischen den von Kurbrandenburg präsentierten Assessoren und dem Hof in Berlin ein enger Kontakt herrschte; auch Kursachsen und Kurpfalz waren von den Vorkommnissen unterrichtet.

Dieser Skandal wurde Anfang März 1614 durch einen neuen Umstand verschärft. Der protestantische Assessor Friedrich von Welwart legte unter Protest sein Amt nieder. Offensichtlich kam es im Rahmen einer Plenumsversammlung der gesamten Gerichtsspitze zur heftigen Drohung eines RKG-Präsidenten gegenüber den protestantischen Assessoren. Es ging wahrscheinlich um den Vorwurf ihres Geheimnisverrats an die protestantischen Höfe. Dies war für den evangelischen Assessor Welwart zuviel. Er protestierte offen gegen diese schroffe Behandlung und legte sogleich sein Assessorat, das er über 15 Jahre ausgeübt hatte, nieder. Friedrich von Welwart, ein mit Anfang 40 noch recht junger Rechtsgelehrter, gehörte zur reichsritterschaftlichen Familie der Welwart zu Fachsenfeld-Polsingen, die im Fränkischen Kreis begütert war und zu Brandenburg-Ansbach in Lehnsvorbindung stand. Die Familie hatte über die mütterliche Seite engen Kontakt mit dem Württemberger Hof zu Stuttgart erworben, denn Friedrichs Großmutter Ursula von Wichsenstein, eine geborene Truchsessin von Wetzhausen, war die Hofmeisterin der Herzogin Anna Maria zu Württemberg gewesen, die ihrerseits eine geborne Markgräfin zu Ansbach war.

Anhand der Quellenüberlieferung liegt die Vermutung nahe, daß die neue Situation durch den Rücktritt Welwarts fast vollständig die ohnehin verlorene Sache der Rosenberger in den Hintergrund drängte. Binnen







kurzer Zeit wurden an den Höfen Heidelberg, Ansbach, Kulmbach, Berlin und Stuttgart über die Konsequenzen dieses Rücktritts diskutiert, denn eine solche Situation hatte es noch nie gegeben und verlangte nach einer politischen Einschätzung. Die protestantischen Fürsten und Räte waren sich schnell einig, daß eine Persönlichkeit wie Friedrich von Welwart unbedingt weiter am RKG verbleiben müsse, denn nur gefestigte Protestanten konnten der katholischen Übermacht am Gericht trotzen.

Die unmittelbare Folge des Rücktritts vom Assessorat, dem sogenannten Resignationsakt, war die Mitteilung des Kammerrichters an die beiden Kreisausschreiber des Fränkischen Kreises. Ihnen wurde mitgeteilt, daß durch den Rücktritt Welwarts eine Neubesetzung des Assessorats anstehe und binnen sechs Monaten zwei bis drei qualifizierte Bewerber vom Kreis zu präsentieren seien. Im Fränkischen Kreis waren die evangelischen Mitglieder mit der Präsentation an der Reihe, denn dieses Recht alternierte seit 1534 zwischen den weltlichen und den geistlichen Kreisständen. Ein Brief Friedrichs V. von der Pfalz brachte die beiden wichtigsten Stände im Fränkischen Kreis – beide auch im protestantischen Unionsbündnis mit Kurpfalz verbunden – auf den einzuschlagenden Kurs. Friedrich schrieb am 8. Juni 1614 sowohl an den Kreisausschreiber Mgf. Christian von Kulmbach als auch an dessen Bruder Mgf. Joachim Ernst von Ansbach und forderte, auf keinen Fall die Resignation Welwarts zu akzeptieren, sondern der gesamte protestantische Teil des Fränkischen Kreises solle sich gegenüber dem Reichskammergericht auf den Standpunkt stellen, daß der Rücktritt Welwarts nicht freiwillig erfolgt, sondern durch die Rosenbergsache erzwungen worden sei. Falls Welwart weiterhin als Assessor in Speyer amtieren wolle, müsse es dem Fränkischen Kreis freistehen, ihn im Assessorat zu belassen. Der reformierte Kurfürst stellt ferner fest: *Weiln wir dann auch ettwas nachrichttung haben, das dise am Cammergericht eingerissene unordnungen etlichen andern päbstischen Assessorn [...] nicht gefellig, und wol in den sorgen stehen, das die Evangelische Ständ des Reichs sich dessen annehmen, [...] so wollten wir nochmaln darvor achten, es sollte bey jtziger zusammenkunfft der Craisstend dahin zurichten sein, damit der von Welwart bey seinem stand gelassen, und die praesentirende Ständ sich dessen gegen dem Cammergericht [...] ercleren.*<sup>12</sup> In diesem Gutachten schlug die Kurpfalz die Argumente vor, die zur Belassung Welwarts im Assessorat vorgebracht werden mußten. Diese von Kurpfalz – in enger Abstimmung mit Württemberg – vorgegebene Linie wurde von den weltlichen Fränkischen Kreisständen gegenüber dem Kammergericht vertreten. Dies war möglich geworden, weil Friedrich von Welwart persönlich zum Kreiskonvent nach Neustadt a.d. Aisch angereist war und die Abgesandten nicht nur in groben Zügen über die Geschehnisse unterrichtet hatte, sondern sich auch bereit erklärte, sein Assessorat weiter wahrzunehmen. Die Gesandten ließen dar-



auffin am 22. Juni 1614 ein Abweisungsschreiben an das Kammergericht abgehen. Darin wurde die Welwart-Sache in den größeren Zusammenhang der protestantischen Justiz-Gravamina, die im Jahr zuvor auf dem Reichstag 1613 dikutiert worden waren, eingeordnet. Scheinheilig wird die Annahme der Resignation abgelehnt, da die Gründe dafür zu den Justiz-Gravamina gehörten; diese jedoch vor dem Reichstag zu verhandeln seien. Da der Fränkische Kreis aber dem nicht vorgreifen wolle, solle sich der Kammerrichter nicht sperren, Welwart bis dahin im Amt zu belassen. Auch hier fehlte nicht der drohende Hinweis, gegebenenfalls *ander mittel an die Hand zu nehmen*.<sup>13</sup>

Von diesem Punkt aus verschärfte sich die Sache abermals, indem der Kammerrichter auf katholischer Seite eine Korrespondenz mit Kurmainz, Kurköln, Kurtrier, den fränkischen geistlichen Ständen Würzburg, Bamberg, Eichstätt und Mergentheim und dem Kaiserhof begann, nicht nur um von dieser Sache zu unterrichten, sondern um Ratschlag und Rücken-deckung zu erhalten. Interessant ist, daß Kurmainz auch das protestantische Kursachsen unterrichtete, also auch in dieser Sache die kaisertreuen Kursachsen frühzeitig in die katholische Korrespondenz aufnahmen. Auf evangelischer Seite sprachen sich die beiden fränkischen Markgrafen mit Kurpfalz, Württemberg, Baden und Kurbrandenburg ab.<sup>14</sup>

Neben den Korrespondenzen der Stände ist die Position Friedrich von Welwarts in Speyer zu beachten. Er war ans RKG zurückgekehrt und war zunächst noch unbeanstandet im Kameralkollegium geblieben. Dieses Faktum war wohlgemerkt noch keine Anerkennung der zurückgenommenen Resignation seitens der Kameralen, sondern nur Ausdruck eines ordnungsgemäßen Nachdienens. Jeder Assessor mußte gemäß der RKG-Ordnung nach seinem Rücktritt vom Assessorat noch ein halbes Jahr nachdienen, damit die zum Referat überlassenen Sachen noch abgearbeitet werden konnten und bis zur Aufschwörung eines neuen Assessors keine allzu lange Vakanz auftrat. Erst nach der Zeit des Nachdienens drohte Welwarts Position am RKG kritisch zu werden.

Die katholischen Kameralen, der Kammerrichter und die informierten katholischen Stände zogen sich auf einen felsenfesten Rechtsstandpunkt zurück: Die Resignation Welwarts sei rechtsgültig gewesen und als Konsequenz daraus müsse die Neubesetzung des Assessorats erfolgen. Der fränkische Kreis könne ja Welwart nochmals präsentieren, hieß es! Falls aber binnen der Frist keine Präsentation erfolge, so sei – und dies war die große Trumpfkarte in Händen der katholischen Partei – das Kameralkollegium zur eigenmächtigen Besetzung der vakanten Stelle ermächtigt. Dies konnte beim katholischen Übergewicht von etwa 26 zu 12 im Kameralkollegium nur bedeuten, daß anstelle Welwarts ein katholischer Assessor treten würde und damit das katholische Übergewicht sogar noch eklatanter



werden mußte. Der Kammerrichter informierte auch den Kaiserhof und bat um eine Entscheidung, ob die Resignation zurückgenommen werden könne.

Gegen eine neue Präsentation Welwarts wandten sich nicht nur die evangelischen Stände, sondern auch Friedrich von Welwart lehnte diese Möglichkeit mit dem Hinweis auf den möglichen Ehrverlust ab, falls die katholischen Kameralen seinen Wiedereintritt ins Kameralkollegium hintertreiben würden.<sup>15</sup>

Im Ergebnis können wir kurz zusammenfassen, daß die katholischen Stände sich auf einen unumstößlichen Rechtsstandpunkt zurückzogen, darüberhinaus kein Verständnis für die protestantische Position entwickelten, sondern darin nur einen weiteren Anschlag auf das Reichskammergericht sahen, ähnlich der erfolgreichen Blockade der Vierklosterrevision.

Die protestantischen Stände, gezwungen durch die katholische Haltung und getrieben von der Angst, ein protestantisches Assessorat an die katholische Konfessionspartei zu verlieren, gaben im Sommer 1614 Stück für Stück nach und ordneten diese Niederlage in den größeren Zusammenhang der katholischen Bedrohung ein. Noch Jahre später wurde auf die Welwart-Sache hingewiesen, wenn zuungunsten der Protestanten am RKG etwas zu passieren drohte. Faktisch lief der protestantische Rückzug über zwei Stationen ab: Einer Bitte um einen dreimonatigen Aufschub hinsichtlich der Präsentation und über einen neuen Kreiskonvent im Dezember 1614. Auf diesem Konvent wurden vier geeignete Kandidaten für das Assessorat ausgewählt und schließlich durch ein Präsentationsschreiben am 3. Januar 1615 dem Kammergericht präsentiert. Von diesen Vieren – es waren ein Advokat aus Nürnberg, ein Advokat und Syndikus der Stadt Hailbronn, ein Ansbacher Rat und ein Baden-Durlacher Rat – wurde schließlich Dr. Johann Georg Wirth aus Hailbronn Assessor am Reichskammergericht.<sup>16</sup> Er amtierte bis 1627.

Friedrich von Welwart hat das Jahr 1614 sicherlich mit gemischten Gefühlen in Erinnerung behalten. Keinesfalls kann bei ihm jedoch von einem Karriereknick gesprochen werden, auch erfreute er sich einer Aufmerksamkeit wie noch nie in seinem Leben. Doch letztlich wurde ihm seine Zeit in Speyer beim Reichskammergericht seit dem Sommer 1614 lang, da er auf der einen Seite dem Druck der katholischen Kameralen immer stärker ausgesetzt war, andererseits aber nicht frei handeln konnte und von den protestantischen Ständen verpflichtet wurde, durch sein Bleiben am Gericht die Rechtsposition der protestantischen Partei zu wahren. Die wenigen Briefe übers Jahr 1614 an die beiden fränkischen Markgrafen und an den Kreiskonvent zu Neustadt a.d. Aisch belegen die schwierige persönliche Lage des Assessors. So unterrichtete er Markgraf Christian von Kulmbach, daß am 31. August Philipp Christoph von Sötern – der Kammerrichter



Speyer  
Kupferstich von Matthäus Merian d.Ä., 1645  
Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar



– und der RKG-Präsident Truchseß von Waldburg ihn aufgesucht und ihm gesagt hätten, daß sein Assessorat Ende September definitiv auslaufe. Seit Anfang August, als seine Zeit des Nachdienens vorüber war, kann man allenfalls von einer Duldung am RKG sprechen. Diese demonstrative Mitteilung hatte daher etwas bedrohliches und konnte nur das Ende der Duldung bedeuten. Welwart befürchtete selber schon mögliche Ehrverletzungen. Deshalb bat er Ende Oktober den Markgrafen um ein schriftliches Dokument: *zu demonstrierung seiner ihm vom Creis ufferlegten continuatione officii*. Von Anfang Oktober bis Mitte Dezember blieb Welwart am Reichskammergericht, obwohl sein Verbleiben ohne Rechtsgrundlage war und man hier von seiner geduldeten Präsenz sprechen muß. Noch immer erhielt er seine Besoldung, auch wissen wir, daß er noch Akten in seinem Besitz hatte und offensichtlich seiner Assessorenpflicht nachkam. Auch seine Teilnahmen an Sitzungen des Plenums sind verbürgt. Dennoch wurde seine Situation je länger je mehr vollkommen unhaltbar. Aus diesem Grund bat er zunächst persönlich etwa Mitte September 1614 in Bayreuth um die Erlaubnis, sein Assessorat nunmehr verlassen zu dürfen, *dann durch mein verharren ich nichts weiters erlangen oder ausrichten, dann [...] des herrn Cammerrichters ungnade wie auch der herrn Praesidenten und sembtlichen catholischen Beysitzern misgunst undt widerwillen uf mich [zu] laden*. Nachdem Mgf. Christian mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Zustimmung des Kreiskonvents dies ablehnte, bat Welwart nach einer brüskierenden Aufforderung zur Rückgabe von RKG-Akten an die Leserei durch den RKG-Präsidenten Fugger Mitte Dezember den Kreiskonvent um die Erlaubnis, vom Assessorat entbunden zu sein. Mit der Annahme dieses Wunsches wurde der Weg frei zur Neupräsentation, die jetzt auch zur Rechtswahrung der fränkischen Kreisrechte definitiv nötig wurde. Die protestantischen Reichsstände einigten sich auf die kumulative Verfolgung der Welwart-Sache im Rahmen der Beschwerden um die Reichsjustiz auf dem nächsten Reichstag. Friedrich von Welwart wurde nach seinem Assessorat Württembergischer Obervogt zu Herrenberg und verstarb im Jahre 1636.

Es gab in der von mir beschriebenen Zeit noch andere Konflikte oder Probleme, die in der aufgeheizten Atmosphäre des Konfessionskonfliktes als Krisenphänomene wahrgenommen wurden. Sie werden aus den bisherigen Darlegungen verstanden haben, daß die Assessoren durch Präsentation ans Reichskammergericht gelangten. Präsentiert wurden immer 2-3 Rechtsgelehrte, die sich zunächst in Speyer einem Generalexamen und einer Proberelation zu stellen hatten. Waren die Kandidaten gut, so entschieden die Assessoren und Präsidenten im Plenum mit einfacher Mehrheit, welcher der bestenfalls noch drei Bewerber Assessor wurde. Da die Wahlkörperschaft zu mehr als zwei Drittel aus Katholiken bestand, waren einige Präsentationen stets potentiell krisenhaft, nämlich die der



gemischtkonfessionellen Kreise. Gemischtkonfessionell waren natürlich viele Kreise, doch nur beim Schwäbischen und Oberrheinischen Kreis gab es bei jeder Präsentation konkurrierende katholische und protestantische Präsentati. Zum Problem wurde diese Tatsache erst, als die katholischen Kameralen das aufgaben, was ich als eine *selbstaufgelegte Beschränkung* bezeichnen würde und begannen, ihre Übermacht im Kameralkollegium auszuspielen. So führte die Annahmepaxis des Kameralkollegiums dazu, daß der Schwäbische Kreis zwischen 1612 und 1617 ausschließlich durch katholische Assessoren *vertreten* war. Jahrelang überwogen zwar im Fränkische Kreis durch die Präsentation des Protestanten Dr. Johann Weidenkopf durch die geistlichen Stände die Protestanten in den Assessoraten, doch als der Fränkische Kreis wieder in die konfessionelle Balance kam, wurde dies trotzdem als eine absolute Verstärkung der katholischen Position gewertet. Als drittes Beispiel wäre der Oberrheinische Kreis zu nennen. Hier war im Jahre 1612 ebenfalls aufgrund der Annahmepaxis und der sogen. Alternation im vierten Kreisassessorat ein katholisches Übergewicht. Diese Konstellation wurde von einigen Reichsständen mit Sorge beobachtet und insbesondere durch die Räte Herzog Johann Friedrichs von Württemberg zum Anlaß genommen, 1613 eine neue Präsentationsordnung – beruhend auf strikter numerischer Konfessionsparität – auszuarbeiten. Diese Ordnung basierte auf mehreren Vorschlägen, die Austeilung auf 48, 50 oder 52 Assessoren.<sup>17</sup> Diese Ordnung wurde von der protestantischen Union auf dem Reichstag 1613 verfochten, doch scheiterte wie der gesamte Reichstag auch diese Paritätsordnung. Aus protestantischer Sicht hieß dies in der Wahrnehmung mit Sicherheit eine Verfestigung der Krisensymptome am Reichskammergericht. Die Pläne von 1613 wurden erst 1648 umgesetzt.<sup>18</sup>

Bevor ich zu einem abschließenden Fazit für die Jahre 1612 bis 1614 komme, will ich noch einen weiteren Konflikt schildern, der die Atmosphäre im Kameralkollegium nachhaltig vergiftete und das Mißtrauen unter den Konfessionen schürte. Hierzu muß ein Prozeß zwischen dem Bischof von Bamberg und den protestantischen Untertanen zu Marktzeuln und Marktgraitz kurz charakterisiert werden. Die Frage des Pfarrbesetzungsrechtes in beiden Orten war zwischen beiden Parteien heftig umstritten und unter diesem Deckmantel ging es vor allem um den Erhalt der protestantischen Gemeinden.<sup>19</sup> Der Konflikt war von latenter Gewaltbereitschaft seitens der Untertanen geprägt. Immerhin gab es eine von 371 Personen unterschriebene Prozeßvollmacht und während des Konfliktes drohten die Untertanen mehrfach, den obrigkeitlichen Beamten Gewalt an Leib und Leben anzutun. Mehr und mehr war aber auch seitens der Obrigkeit die Konfliktführung durch Gewalt gekennzeichnet. Seit 1609 trieb mit diebischer Schläue und großem Elan Kilian Schauer – Bamberger Untertan



und Notar aus Schwürbitz – den Prozeß in Speyer voran. Er nahm dabei die Stellung eines Sollizitators ein, half also wo es ging dem Advokaten Johann Stambler und dem Prokuratoren Konrad Fabri, sprach mit Assessoren, formulierte Bittschriften, kümmerte sich um Interzessionsschreiben protestantischer Fürsten und hielt allgemein den Kontakt zwischen den in Speyer agierenden Rechtsgelehrten und den Untertanen vor Ort. Die bischöfliche Partei wußte sehr schnell, daß die Ausschaltung Kilian Schauers die Prozeßführung in Speyer stark behindern würde und so konnte Schauer nur unter größter Geheimhaltung durchs Bambergische reisen und sich bei seiner Mutter in Schwürbitz aufhalten.<sup>20</sup> Die bischöfliche Obrigkeit hatte von einem solchen Besuch Wind bekommen und überfiel in den frühen Morgenstunden des 30. Oktober 1611 mit mindestens 150 Personen das Haus seines Schwiegervaters Paul Ettlinger in Schwürbitz. Sie machten jedoch nicht den erhofften Fang, sondern – wie sich herausstellte – eine viel wertvollere Entdeckung. In der Schreibstube fanden sie den gesamten Schriftverkehr der Bamberger Untertanen mit dem RKG-Advokaten Dr. Johann Stambler sowie auch Kilian Schauers, soweit sie aus Speyer kamen. Insgesamt waren es wohl mehr als 40 Briefe. Ein Teil der Räte widmete sich im Haus diesen Briefen, während der katholische Ortspfarrer mit einigen Soldaten die anwesende Mutter Schauers und das Dienstpersonal verhörten. Die Triplik, die einige Zeit später am Reichskammergericht eingegeben wurde, schilderte die Vorkommnisse besonders drastisch und mit Blick auf die erhoffte Wirkung am RKG wohl auch parteiisch übertrieben:

*Und hat der damals wol besoffene bambergische schultheis zue Zeüln, Bastel Weinman, so baldt die hausthür zerschlagen worden, beneben vielen andern des Schauers Mutter schlaffkammer zuegeeillet, die schwache, fast noch entplöste frau gantz ungestüm gefragt, wo der mann, fürnemblich wo der sohn sey, sie auch nach wenig redwechselung, da die gute frau in solchem schrecken, ihme nicht nach seinem gefallen geantwortet, gantz erbärmlich ins angesicht geschlagen und darauf zur erden gestossen. Desgleichen hat der jetzige pfarrverweser [also der katholische Pfarrer] daselbsten, als gemelte des Schauers übel tractirte mutter sich wieder etwas erholet undt über ein kleine weil in ihres sohns schreibstuben gantz schwächlich eingangen, ohne einige gegebene ursachen, sie gantz straffbarer weis dermassen ins angesicht geschlagen [...], das sie ohne einigen auffenthalt [...] gantz erbärmlich zur erden gestürztzt, den kopf gar zerschellet, undt von solchen gewaltigen schlag, von früe morgens nach 2 uhrn an bis uffm mittag hefftig durch muntt*



*und nasen geschweist,<sup>21</sup> das man sich ihres lebens [...] gantzlich verzihen gehabt. Ist auch derselbe pfarherr hieran nicht ersettiget gewesen, sondern hat sie gantz boshaffter weis noch darüber schrecklichen iniurirt und under andern eine altē hexen gescholten, welche ihren sohn, den Schauer, aus dem haus gezaubert hette, der doch abendts und wenig stunden zuvor noch im haus gewesen wehre.*

*Die beampten aus Lichtenfels, Weismain und Burgkunstatt haben den kecht im hause gantz streng und hart über ein viertel stundt angehalten, zu sagen wo doch Schauer sey, ihm auch die daumenstöcke deswegen wöllen anlegen lassen, solches neben dem knecht auch die nechsten nachtbarn in ihren heüßern wollvernemlich gehört. Der sich dan entlich mit überaus grossen beteürn und hohen aidtsschwürn, das er nicht wisse, wo Schauer sey, von ihnen losgewürcket. Die eine magdt, welche über 30 jahr bey Schauers mutter in diensten gewesen, haben etliche mit langen rohrn dermassen tractirt, das ihr der rote saft über das angesicht abgelauffen, auch mit angesetzten plossen [//] rapiern sie durchstechen wollen, da sie, wo Schauer sey, nicht hat anzeügen können noch wollen, undt hat gemelter pfahrer neben etlichen aus den vorhandenen kleidern, so Schauer voriges tags angehabt, bestendig schliessen wöllen, er müste noch im hause sein, und dahero nach viel hundert fragen, allein nach Schauern, betröhlich vorgeben, das haus abzubrechen, ja gar mit feüer anzustecken, und Schauern, wo nit gantz, doch in den aschen zue finden, [...].<sup>22</sup>*

Kilian Schauer beschrieb später, daß im Haus selbst die Dielenbretter untersucht wurden, um ein mögliches Versteck zu finden. Doch Schauer war schon längst nicht mehr in Schwürbitz. Für unseren Zusammenhang ist wichtig festzuhalten, daß die gefundenen Briefe konfisziert und nach Bamberg gebracht wurden. Dort kopierte man diejenigen Briefe und Textpassagen, die die verantwortungslose Prozeßführung sowohl der Anwälte als auch Kilian Schauers darlegen sollten und brachte sie im Februar 1612 als Beweismittel in den laufenden RKG-Prozeß ein.<sup>23</sup> Die konfiszierten Briefe waren sehr brisant, denn sie offenbarten die vielen Winkelzüge des Sollizitators, des weiteren enthielten einige davon Vorwürfe gegenüber katholische Assessoren. Besonders wichtig war aber die Tatsache, daß die Anwälte Schauers häufig Kontakt zu den protestantischen Assessoren suchten. Diese Tatsache könnte so bewertet werden, als ob es so etwas wie beratende Gespräche zwischen einer Prozeßpartei und den Richtern gegeben habe. Die protestantische Assessoren wiesen bei diesen Kontakten



meist auf die Blockade ihrer katholischen Kollegen in den Religionssenaten hin, zeigten somit auf den Umstand, daß ihnen trotz des Mitleids für die protestantischen Untertanen im Bambergischen die Hände gebunden seien. Die Anwälte suchten wegen dieser als Blockade aufgefaßten katholischen Haltung spätestens ab November 1609 eine Einbeziehung von protestantischen Ständen, letztlich ab 1610 sogar eine gesamtevangelische Initiative durch die protestantische Union.<sup>24</sup>

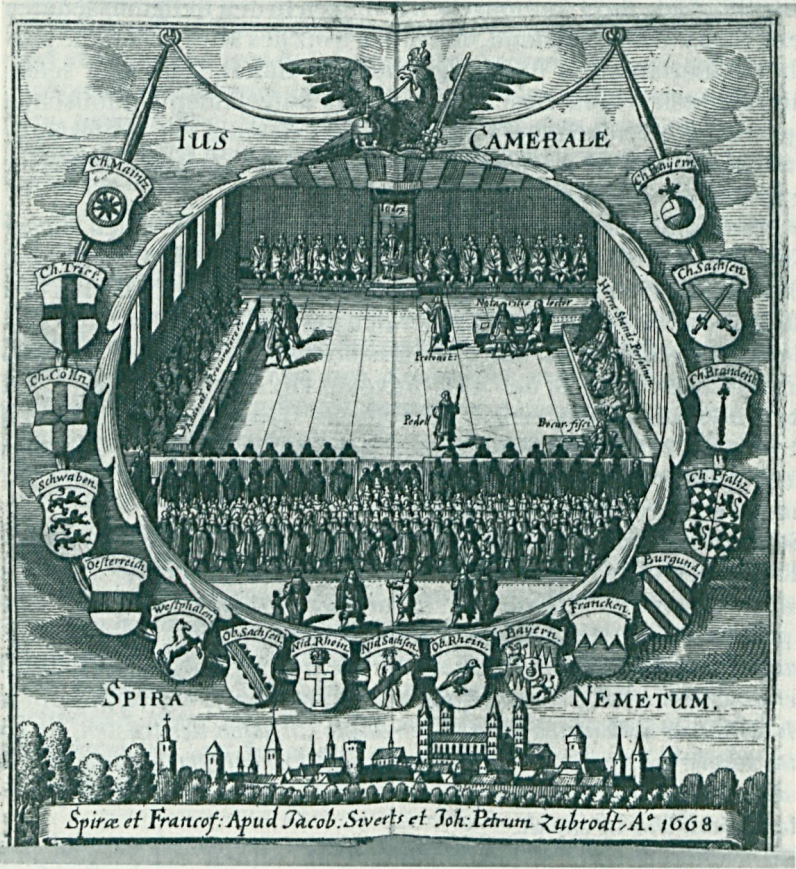
Welche unmittelbaren Konsequenzen aus dem Bekanntwerden dieser Kontakte resultierten kann nicht mehr nachgewiesen werden, doch man darf annehmen, daß eine erhebliche Klimaverschlechterung zwischen den katholischen und protestantischen Kameralen eintrat, zumindest aber dieser Skandal die ohnehin schon klare konfessionelle Polarisierung am RKG weiter vorantrieb. So riet z.B. der RKG-Advokat Dr. Johann Stambler den Bamberger Untertanen, falls erneut katholische Geistliche in die Kirche eingesetzt würden, müßten die Untertanen sie mit Worten oder – falls dies nicht helfe – mit Gewalt wieder abschaffen: Ein unerhörter Rat eines auf Kaiser und Reich vereidigten Advokaten.<sup>25</sup>

Kilian Schauer hatte die konfessionelle Frontstellung ganz und gar verinnerlicht. Er schrieb an die Bamberger Untertanen im November 1609: *Es müessen aber die herrn catholische Camerales erfahren, dz inen herr Dr. Fabri gestern ein sehr schimpfflich schreiben, darinen vorig erkhnante process wol angezogen, extrajudicialiter under die nasen gerieben, und wirdt noch pesser gescheen, wan gleich nachmals aller papisten kreigsverpündtnus so stattlich wehre, es sollen sich unsere betrangte Christen des trösten, dz sie nicht allein, sondern dz gantze Teütschlandt palt werden verfolgung leyden müessen; da wirdt es allererst heissen, wehr den andern ubermahn [übermann], der steckh ihn in sackh.*

In einem weiteren Brief Kilian Schauers an seinen Schwiegervater machte er sich im Juli 1610 Luft über die schleppende Prozeßtätigkeit am Kammergericht: *Ich lebe tröstlicher hoffnung, es werde ein neuer, steiffer, unumbstosslicher und nicht wie vor jahn löcheriger und disputirlicher religionfriden, ehe dises kriegswesen [im Elsaß] zu end laufet, gemacht werden. Geschihet solches, wie wir dan ohne aufhören darumb bitten und beten sollen, so wollen wir gewies nicht mehr so oft nach Speyer tanzen, und so lang gaffen und aufwartten, auch manchen schönen pfennig, der wahrlich oft mit seufftzen und traurichem gemüet verzehrt würd, ersparen. Ach hilf herr Jesu und komme bald.*

In einem Brief vom 31. August 1610 schrieb Kilian Schauer: *Gott helf einmal zum pesten. Wan es nicht pesser wirdt, so ist gewies, dz dz Recht mit spiessen wirdt ertheilet werden. Gott erhelt nur sein wort bey uns, das ander wöllen wir fahren lassen; ist alles vergenckhlich, was einen weltschmackh hat, aber dz ewig guet, macht recht frischen mut. Gott helf dahin mit freüden.*





Audienz des Kammergerichts Speyer  
Kupferstich, Frontispiz in: Wilhelm Roding (1549-1603),  
Pandectae iuris civilis, Speyer 1668  
Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar



*Ohne fernern krieg gehet es nicht ab, unsere geistlichen herrlein möchten [//] wol ire harnisch under die kutten steckhen, sie sindt zu wenig, ire anschlege, mit welschem und spanischem teüffelsvolckh, uns [zu] bestreiten, und in unserm pluet zue erseüffen, sollen, Gott lob, überall in treckh [...] und zue nichte. Dz teütsche edle pluet wais, Gott lob, die päss fein zu verlegen, und die wirdigen<sup>26</sup> dapffer zue klopfen.*

Die Zitate Kilian Schauers belegen eindrücklich die Misere der weitgehend erfolglosen Prozeßtätigkeit gegen den Bischof von Bamberg, ferner Schauers anhaltendes Gottvertrauen und seinen Wunsch auf einen kriegesischen Sieg des Evangeliums. Im Stil verzichteten die Anwälte auf konfessionspolemische Wendungen und versuchen möglichst sachorientiert Kilian Schauer über den Prozeßfortgang zu unterrichten. Sie wenden sich aber auch gegen die – aus ihrer Sicht – latente Blockadepolitik der katholischen Kameralen. Dr. Johann Stambler schrieb im März 1611, daß die Untertanen Bambergs sich um den Schutz anderer bemühen sollten, *dan es hier [am Kammergericht] langsam zugehet, undt die evangelischen wenig favors haben*. Vier Tage später schrieb Dr. Stambler, daß er einige evangelische Assessoren um Hilfe angesprochen habe, *die sich zwar alles gueten erpotten, aber der catholischen hardneckhicheit angezogen*.<sup>27</sup> Ein Brief vom September 1611 belegt, daß der RKG-Prokurator Dr. Konrad Fabri ein Memorial über die Bamberger Sache verfaßt hatte und einigen Assessoren zur Konsensbildung übergab: *Aus inschluss hat der herr zu vernemmen, was ich den vornembsten evangelischen beisitzern hiervor ain memorial zuekommen lassen, aber sie entschuldigen sich alle, das sie überstimbt seyen*.

Daß die Prozesse in Religionsmaterien teils festgefahren waren darf uns nicht verwundern, doch die Offenbarung von internen Korrespondenzen zwischen einer protestantischen Klägerpartei und ihren Anwälten im Rahmen eines RKG-Prozesses traf auf heftige Kritik der Kläger, eine Kritik, die sicherlich auch durch die informierten protestantischen Stände geteilt wurde. Andererseits offenbarten eben diese konfiszierten und am RKG eingereichten Schriftstücke dem katholischen Personal, mit welch hinterhältigen Winkelzügen die Anwälte agierten und wie sogar die protestantischen Assessoren sich mit den Parteienvertretern verbanden. Wie gesagt, die Bewertung ist in diesem Fall schwer, denn über die Wirkung der eingelieferten konfiszierten Schreiben ist nichts bekannt.

Ich komme zum Schluß: Das Reichskammergericht befand sich nach über drei Jahrzehnten des heftigen Konfessionskampfes im Reich und am Reichskammergericht, mehr als zehn Jahre nach dem Vierklosterstreit und dem Niedergang der Urteilsrevision in einem Zustand der Paralyse. Paralyisiert, weil dem Gericht die Lösung unlösbarer Konflikte aufgebürdet wurde, weil die Aufgaben des Rechtsschutzes und der Friedenswahrung kaum mehr aufrecht erhalten werden konnten, wenn schon bei Prozeß-



bitten immer seltener unter Ausklammerung des Dissenses für eine Prozeßführung entschieden wurde. Paralyisiert aber auch, weil nicht nur die Anhängigmachung von Prozessen immens erschwert war, sondern auch die Exekution von gerechten Endurteilen faktisch über die eingelegte Revision dauerhaft nicht möglich war. Ich muß betonen, daß es sich hierbei nur um einen kleinen Ausschnitt der Tätigkeit des RKG handelt, doch dieser Ausschnitt war von politisch hohem Interesse und bestimmte daher die Wahrnehmung des ganzen Reichskammergerichtes.

Die Jahre 1612 bis 1614 verdienen meines Erachtens eine besondere Würdigung als Krisenjahre, da auf dem Hintergrund der größeren Krise verschiedene konflikträchtige Bereiche und Geschehnisse zusammenkamen und sich auch wechselseitig verstärkten. Die Rosenberg/Welwart-Krise etwa vermischte sich mit dem Problem der für die protestantischen Stände drohenden Fiskalprozesse. Die drohenden Fiskalprozesse habe ich in diesem Vortrag ausgeklammert, doch ich will sie als Problembereich zumindest markieren. Die protestantischen Stände hatten die Steuerbewilligung des Reichstages 1613 unter Protest zurückgewiesen und nun sollte der RKG-Fiskal mit den gefürchteten Fiskalprozessen beginnen, nachdem der Kaiser ihn dazu ausdrücklich aufgefordert hatte. Auch hier hatten protestantische Assessoren mit ihren Präsentationshöfen korrespondiert und die protestantische Union verfaßte nicht nur Ablehnungsschreiben an das RKG und den RKG-Fiskal, sondern zur gleichen Zeit bevollmächtigten die Unionsstände Dr. Gödelmann zur gemeinsamen Prozeßvertretung in Speyer. Ferner sollte ein RKG-Advokat der Kurpfalz vorbereitend eine Einredeschrift erstellen, die sofort bei Anhängigmachung der Fiskalprozesse eingereicht werden sollte.<sup>28</sup>

Die Rosenberg/Welwart-Sache und die drohenden Fiskalprozesse hingen in gewisser Weise auch von der Krisenstimmung des Jahres 1614 ab. Die protestantische Union hatte den Reichstag von 1613 besonders in der Materie der Justizverbesserung mit einigen Erwartungen vorbereitet. Ich hatte schon auf die verbesserte Präsentationsverfassung hingewiesen, die auf numerische Konfessionsparität zielte. Daneben erstellten die Unionsstände einen ganzen Katalog von Wünschen und Forderungen zur Justizverbesserung am Kammergericht und am Reichshofrat. Die Erwartungshaltung der Zeit des Frühjahr 1613 schlug in große Enttäuschung um, als der Reichstag unter Protest der Protestanten verlassen wurde und von den großen Reformplänen nichts weiter blieb als ein neues Problem – drohende Fiskalprozesse.

Ich will diesen Vortrag mit den Worten des protestantischen Assessors Dr. Richard Diethert abschließen. Wegen der Welwart-Sache korrespondierte er mit seinem Präsentationshof und schrieb im April 1614 resigniert an Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg: *Wan derselbe [Zustand] so*



*verbleiben [würde], sollte [es] einem ehrlichen man hie zu sein sehr schwer fallen, ich auch meines theils gerne wünschen mochte, das meine 6 ihar herumb wehr, wolte ich als dan, wan mein gnedigster churfürst und herr meiner nicht bedürffte, sehen, wo ich sonsten meine gelegenheit bekommen mochte.* Die Krisenjahre am Reichskammergericht zogen vorbei und der Assessor Dr. Diethert, der diese Krisenstimmung gut verdeutlicht, blieb noch 12 Jahre Assessor, ehe er 1626 als verdienter Assessor starb, zu einer Zeit im übrigen, in der das Reich mit Wallenstein und dem Dreißigjährigen Krieg eine Krise ganz anderer Reichweite erlebte.

## Anmerkungen

- 1 HEINZ DUCHHARDT, Die kurmainzischen Reichskammergerichtsassessoren, in: ZRG GA 94, 1977, S. 89-128, jetzt auch ders., Das RKG des konfessionellen Zeitalters als *Sozialkörper*, in: ROLL, C., Hg., Recht und Reich im Zeitalter der Reformation, FS für HORST RABE, Frankfurt a.M., Berlin, usw. 1996, S. 387-395. Zur Karriere der RKG-Assessoren siehe vor allem SIGRID JAHNS, Der Aufstieg in die juristische Funktionseleite des Alten Reiches, in: SCHULZE, W., Hg., Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, München 1988, S. 353-387, auch dies., Durchgangssposition oder Lebensstellung? Das Kammergerichtsassessorat in den Karriereverläufen frühneuzeitlicher Juristen, in: BATTENBERG, F. u. RANIERI, F., Hg., Geschichte der Zentraljustiz in Mitteleuropa, FS für BERNHARD DIESTELKAMP zum 65. Geburtstag, Weimar, Köln, Wien 1994, S. 271-309.
- 2 Aus einer Sammelhandschrift JOHANN MARTIN RAUSCHERS (Tübingen, frühes 17. Jahrhundert), vgl. HStA Stuttgart, J 1, Bü 41, fol. 17.
- 3 Vgl. MARTIN HECKEL, Die Religionsprozesse des Reichskammergerichtes im konfessionell gespaltenen Reichskirchenrecht, in: ZRG KA 77, 1991, S. 283-350, auch ders., Die Reformationsprozesse im Reichskirchensystem, in: DIESTELKAMP, B., Hg., Die politische Funktion des Reichskammergerichts, Köln, Weimar, Berlin 1993, S. 9-40. DIETRICH KRATSCH, Justiz – Religion – Politik. Das Reichskammergericht und die Klosterprozesse im ausgehenden sechzehnten Jahrhundert, Tübingen 1990. An den Prozessen überprüft von BERNHARD RUTHMANN, Die Religionsprozesse am Reichskammergericht (1555-1648). Eine Analyse anhand ausgewählter Prozesse, Köln, Weimar, Wien 1996.
- 4 Genaue Darstellung bei RUTHMANN, wie Anm. 3, S. 214-230.
- 5 Gemeint ist der Magdeburger Sessionsstreit von 1588.
- 6 Als Gravamina sowohl der protestantischen als auch katholischen Seite bei den Reichstagen ab 1603 immer wieder vorgebracht wurde dieser Problemkomplex dennoch nie gelöst. Erst der Westfälische Frieden 1648 führte zur weitgehenden Konfliktbeilegung. Zur Rechtskrise vgl. BERNHARD DIESTELKAMP, Zur Krise des Reichsrechts im 16. Jahrhundert, in: ANGERMEIER, H., Hg., Säkulare Aspekte der Reformationszeit, München, Wien 1983, S. 49-64. Siehe auch die Diskussion der evangelischen Unionsstände auf dem Unionstag zu Ulm am 13. Juni 1620, HStA Stuttgart, A 90 A, Bd. 28, fol. 371r-372r.
- 7 Die Prozeßakten des Kompromißverfahrens finden sich neben weitenen Korrespondenzen im Bayrischen HStA München, RKG 10929/1/I und II, unfol. Die folgenden Argumentationen sind ohne weitere Kennzeichnung diesem Aktenbestand entnommen.
- 8 Dazu und zum weiteren GStA Berlin, I. HA, Rep. 10, Zzz I-5, unfol.
- 9 Aus der ersten Supplikation der evangelischen Assessoren an den Kammerrichter, vgl. Kopie GStA Berlin, I. HA, Rep. 10, Zzz I – 5, unfol., auch eine Kopie im HStA Stuttgart, A 90 A, Bd. 15, fol. 422rf. o.O., o.Dat., präs. zu Speyer den 20./30. Januar 1614.
- 10 Mitgeteilt in der 2. Supplikation der evangelischen Assessoren, die Anfang Februar übergeben werden sollte, vgl. GStA Berlin, I. HA, Rep. 10, Zzz I – 5, unfol.
- 11 Konzept RKG-Ordnung 1613: *Concept dern aus Befehl der keyserlichen May. durch Cammerrichter, Praesidenten und Beysitzere [...] erneuerten und verbesserten Cammergerichts Ordnung, Mayntz 1613*, insb. S. 108, Tit. 71. Inhaltlich übereinstimmend schon die RKG-Ordnung von 1555.



- 12 StA Bamberg, C 40/III, Nr. 15, fol. 389-394. Siehe auch das Gutachten des württembergischen Vizekanzlers Dr. Sebastian Faber wegen der Welwartsache vom 10. Juni 1614, HStA Stuttgart, A 90 A, Bd. 15, fol. 429r-430r.
- 13 Zum Schreiben des Konvents an das RKG (Neustadt a.d. Aisch, 22. Juni 1614), vgl. die Kopie im HHStA Wien, MEA, RKG 64, o.fol.
- 14 Zur katholischen Korrespondenz vgl. HHStA Wien, MEA FrK 9 u. ebd., MEA, RKG 64, beide unfol., zur evangelischen Korrespondenz vgl. vor allem die Unionsbestände HStA Stuttgart, A 90 A, Bd. 14 und Bd. 15, dann auch StA Bamberg, C 40/III, Nr. 15 sowie GStA Berlin, Rep 10, Zzz I, Fasz. 6, o.fol.
- 15 HStA Stuttgart, A 90 A, Bd. 15, fol. 429r-430r, insb. 429v.
- 16 Zusammen mit dem genannten Johann Georg Wirth präsentierten die Fränkischen Kreisstände evangelischen Teils den Ansbacher Rat Dr. Laurentius Kuppelich, den markgräflichen Rat zu Baden-Durlach Dr. Johann Schmalkalden und den Nürnberger Advokaten Dr. Laurentius Costelius, vgl. Kreisabschied, Neustadt a.d. Aisch, 14. Dez. 1614, StA Bamberg, C 40/ III – Nr. 15, fol. 881-898.
- 17 Vgl. hierzu in Zukunft die Quellenedition des Münchener Unionsprojektes, insbesondere den Teilband zur Reichsjustiz von BERNHARD RUTHMANN, hier insb. das württembergische Schema einer strikten Konfessionsparität am RKG, HStA Stuttgart, C 10 [Schwäbischer Kreis], Bü 196, unfoliiert, 3. Quelle im Faszikel, o.O., o.Dat., [1613]. Siehe zum Problem der konfessionellen Aufspaltung der RKG-Assessorenschaft vor 1648 auch BERNHARD RUTHMANN, Das richterliche Personal am Reichskammergericht und seine politischen Verbindungen um 1600, in: SELLERT, W., Hg., Reichshofrat und Reichskammergericht. Ein Konkurrenzverhältnis (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 34), Köln, Weimar, Wien 1999, S. 1-26, vor allem Anhang 2.
- 18 Zu den frühen Paritätisierungsvorstellungen siehe den Aufsatz von SIGRID JAHNS: Die Reichsjustiz als Spiegel der Reichs- und Religionsverfassung, in: BUBMANN, K. u. SCHILLING, H., Hg., 1648 – Krieg und Frieden in Europa, Textband I: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft, S. 455-463.
- 19 Aus Sicht der Konfessionalisierungsforschung vgl. das Buch von GÜNTHER DIPOLD, Konfessionalisierung am Obermain: Reformation und Gegenreformation in den Pfarrsprengeln von Baunach bis Marktgraitz, Diss. Bamberg 1993, Staffelstein 1996.
- 20 Tatsächlich führte der unerwartete Tod Schauers Anfang 1614 zu einem kaum zu ersetzenden Verlust für die klagenden Untertanen. Dazu vor allem DIPPOLD, wie Anm. 19, S. 273 u. 292f.
- 21 D.h. geblutet.
- 22 Vgl. die Triplik der Bamberger Untertanen, Bayr. HStA München, RKG 406, unfol., im RKG-Prozeß als Quadrangel 71 verzeichnet, o.O., o.Dat., von Dr. Fabri am 19. März 1615 dem RKG eingehändigt.
- 23 Die konfiszierten Schreiben datieren vom November 1609 bis zum September 1611. Es handelt sich um 10 Briefe Kilian Schauers an die Bamberger Untertanen oder an den Advokaten in Speyer, um 16 Briefe des Advokaten Dr. Johann Stambler an Schauer bzw. an die Bewohner zu Graitz, Marktzeuln und Schwürbitz, ferner um etliche andere zum Prozeß gehörende Unterlagen. Siehe hierzu Bayr. HStA München, RKG 406, Quad. 4-56, ferner DIPPOLD, wie Anm. 19, S. 273, 292f, ferner zum RKG-Prozeß ebd. S. 306-315.

- 24 Vgl. die Supplikationen an Sachsen-Coburg (Nov. 1609, Febr. 1610, Nov. 1610), an Kulmbach (März 1610), an Georg Wolfen von Schaumberg (Dez. 1609), an den Sachsen-Coburgischen Rat Dr. Johann Schade (April/Mai 1611), an den Kurfürsten von Sachsen (ca. Mai 1611), an die Union (Mai 1611, August 1611, April 1617), ferner die informellen Kontakte an den Hof in Heidelberg, vgl. Bayr. HStA München, RKG 405 u. 406, auch HStA Stuttgart, A 90 A, Bd. 18, fol. 465r-466v.
- 25 Der Weg der offenen Gewalt wird zwar verklausuliert, dennoch eindeutig geraten. Mehrfach wird vom Advokaten ein offenes Bekenntnis der Bamberger Untertanen zum Evangelium gewünscht, nicht zuletzt in der Hoffnung, falls der Bischof gewaltsam gegen die Untertanen vorgehe, würde er eine neue Handhabe am RKG gewinnen. Schon 1590 kritisierte ein evangelischer Assessor anonym die Rothenburger Prozeßpartei in einem Religionsstreit, weil sie sich durch den Bischof von Würzburg haben zum Kläger machen lassen. Auch in diesem Gutachtens wird gesagt, daß es besser gewesen wäre, den *Meißpaffen* zu verjagen: Dann wäre man zwar beklagt worden, doch man befände sich noch immer im Besitz der Pfarrei! Vgl. hierzu RUTHMANN, Religionsprozesse (wie Anm. 3), S. 361-364.
- 26 D.h. die Geistlichen.
- 27 Dr. Johann Stambler, geboren in Roth bei Nürnberg, entstammte einer evangelischen Pfarrersfamilie. Dazu und zu weiteren Kontakten Stamblers ins Bambergische vgl. DIPPOLD, wie Anm. 19, S. 297f.
- 28 Siehe den Schriftverkehr zwischen Kurpfalz und Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg im März 1614, vgl. GStA PK Berlin, I. HA, Rep. 10, Zzz I, Fasz. 6, unfol., dann auch das Gesamtschreiben der evangelischen Fürsten an das Kammergericht mit der Aufforderung, keine Fiskalprozesse zu beginnen, vgl. ebd., Schreiben vom 24. Mai 1614.





- 24 Vgl. die Supplikationen an Sachsen-Coburg (Nov. 1609, Febr. 1610, Nov. 1610), an Kurland (März 1610), an Georg Woldemar von Schaumburg (Dez. 1609), an den Sachsen-Coburgischen Rat Dr. Johann Schade (April/Mai 1611), an den Kurfürsten von Sachsen (Febr. Mai 1611), an die Lüneburger (Mai 1611, August 1611, April 1617). Durch die intensiven Kontakte an den Hof in Heidelberg, vgl. Bays, HSA München, HSA 405 n. 406, nach HSA Stuttgart, z. 90 A, Bd. 18, fol. 407v-408r.
- 25 Der Weg der offenen Gewalt wird zwar verkleinert, dennoch eindeutig geritten. Melchior wird vom Advokaten ein offenes Schreiben der Bamberger Universität zum Evangelium geschickt, nicht zuletzt in der Hoffnung, infolge der Sachhof gewalttätig gegen die Lutheraner vorgeht, würde er eine neue Handlung am RRG gewinnen. Schon 1598 kritisierte ein evangelischer Anwalt einen in die Katholiken-Politikpartei in einem Religionsstreit, weil sie sich durch den Bischof von Würzburg haben zum Kläger machen lassen. Auch in diesem Kontext wird erregt, daß es besser gewesen wäre, den Aufgepfiffen zu vertragen. Dann wäre man zwar belagert worden, doch man befände sich noch immer im Besitz der Pflanz. Vgl. Bays, HSA 405 n. 406, nach HSA Stuttgart, z. 90 A, Bd. 18, fol. 407v-408r.
- 26 Vgl. die Briefe.
- 27 Dr. Johann Schade, geboren in Roth bei Nürnberg, entstammte einer evangelischen Pfarrersfamilie. Dazu und zu weiteren Kontakten Schades ins Bamberger siehe vgl. HSA 405 n. 406, nach HSA Stuttgart, z. 90 A, Bd. 18, fol. 407v-408r.
- 28 Siehe den Schriftverkehr zwischen Kurfürst und Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg im März 1611, vgl. GSA PK Berlin, I. HA, Rep. 10, Z. 1, F. 1, C. 1, fol. 1, dann auch das Gesamtarchiv der evangelischen Fürsten an das Reichskammergericht mit der Aufforderung, keine Fiskalprozesse zu beginnen, vgl. ebd., Schreiben vom 24. Mai 1611.

## Umschlagabbildung:

Ausschnitt aus der Audienz am Kammergericht in Speyer  
Kupferstich, Frontispiz in: Wilhelm Roding (1549-1603),  
Pandectae iuris civilis, Speyer 1668  
Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar

## Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.  
Redaktion: Anette Baumann  
Layout: Anette Baumann, Andrea Müller  
Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar











22  
211

2